

HANNOVERSCHES VOLKSBLATT

Zeitung der **DKP** Hannover, September 2018
www.dkp-hannover.de

DKP fordert von Politik und „hanova“: Städtische Sozialwohnungen statt Luxuseigentum !

Im Rahmen einer demonstrativen Aktion vor der Zentrale der städtischen Wohnungsgesellschaft „hanova“ am Klagesmarkt fordert die DKP Hannover unter dem Motto „Städtische Sozialwohnungen statt Luxuseigentum!“ einen entschiedenen Richtungswechsel sowie eine Offensive für bezahlbaren Wohnraum in der niedersächsischen Landeshauptstadt. Ihr Unverständnis und ihre Kritik an den derzeitigen Missständen brachten Han-

novers Kommunisten dabei jetzt mit Ironie in Form einer „Danksagung“ an „hanova“ zum Ausdruck:
„Danke! Für eine Miete von 17 Euro pro Quadratmeter! Danke! Für hochpreisige Eigentumswohnungen!“
„Gedankt“ wurde der Wohnungsgesellschaft auch für das „Verschachern städtischen Bodens“ und für eine „profitorientierte Wohnungsbaupolitik“. Die Situation auf dem hannoverschen Wohnungsmarkt ist alarmierend und
Fortsetzung Seite 3



Flucht- verursacher Nr. 1

Dieses Jahr sind bereits über 1500 Menschen bei dem Versuch gestorben, durch das Mittelmeer nach Europa zu gelangen. Während in Talkshows darüber debattiert wird, ob die deutschen Grenzen künftig geschlossen, geöffnet oder teilweise geöffnet sein sollen, bleiben die Fluchtursachen im Dunkeln. Die Debatte dreht sich nur noch um das Thema Grenzen – und so bleiben die Verantwortlichen für das Massensterben im Mittelmeer unbehelligt.

Wer sind die Fluchtverursacher?

Beispiel Syrien: Seit Beginn des Krieges 2011 unterstützen die USA, die EU und die Bundesrepublik zahlreiche bewaffnete Gruppierungen, teils aus dem dschiha-distischen Milieu, um den Sturz des syrischen Präsidenten Assad zu betreiben. Aus dem selben Grund hält die EU die unmenschlichen Wirtschaftssanktionen gegen das Land aufrecht – maßgeblich auf deutsche Initiative.

Beispiel Afghanistan: Seit 2001 hat die NATO durch ihren Krieg die Situation im Lande immer weiter verschlimmert. Mit Kampfdrohnen und Bomben verteidigen die westlichen Besatzer ihre weltweite Vorherrschaft.

Beispiel Libyen: Vom blutigen „Regimechange“ der USA und ihrer Verbündeten hat sich das Land bis heute nicht erholt. Chaos, Staatszerfall, Flucht und Vertreibung sind die Folgen.

**Fluchtverursacher bekämpfen –
NATO raus aus Deutschland,
Deutschland raus aus der NATO!**

Neue Polizeigesetze - Niedersachsen reiht sich ein

...in die Riege des Abbaus demokratischer und Freiheitsrechte ...beim Protest gegen neue Polizeigesetze

Die Landesregierung in Hannover (SPD/CDU) tut alles daran, in Niedersachsen ein neues Polizeigesetz bis Ende des Jahres zu erlassen. Nach Bayern und NRW soll es das nächste von fünfzehn Bundesländern sein, in dem mittels gesetzlicher Verschärfungen die Einsatzmöglichkeiten der Polizei ausgebaut werden.

Doch es ist nicht nur eine Verschärfung des Polizeigesetzes geplant. „Anders als bisher soll die Polizei in Zukunft schon dann Menschen überwachen, verfolgen und gefangen nehmen dürfen, wenn ihnen unterstellt wird, über Straftaten nachzudenken, ohne sie tatsächlich auszuführen. Das ist eine ganz grundsätzliche Änderung der Rolle der Polizei in unserer Gesellschaft, ein so

genannter Paradigmenwechsel. Die Verwischung der Grenzen zwischen polizeilicher und nachrichtendienstlicher Tätigkeit stellt die Gewaltenteilung in Frage.“ So formuliert es das Bündnis gegen das „Neue Polizeigesetz (NPOG)“ in seinem Aufruf.

Nicht nur die Einschränkung der persönlichen Freiheitsrechte wird angekündigt. Zukünftig soll die Polizei neben den Inlandsgeheimdiensten auch die Menschen dieses Landes noch mehr ausspionieren dürfen.

Zusätzlich soll die Polizei alles tun dürfen, um die Überwachung des öffentlichen Raums bei purer Annahme von Ordnungswidrigkeiten oder Straftaten zu perfektionieren und auf die Daten Dritter zugreifen. Und das trotz des gerade in Kraft getretenen offensichtlichen Papiertigers DSGVO, der Datenschutzgrundverordnung.

Dass die Polizei nun vor dem Schlagstock Elektrotaser einsetzen darf und Hilfspolizistinnen und Hilfspolizisten nun Schlagstöcke gegen vermeintliche Delinquenten einsetzen dürfen, läuft bei den neuen gesetzlichen Überwachungs- und Einsperrmöglichkeiten ja beinahe unter fernher.

Doch es gibt Widerstand. Das breite Bündnis, welches bisher von den Jungen Liberalen, über die Grüne Jugend Niedersachsen, die Bürgerinitiative Braunschweig (BIBS), der ver.di Jugend Hannover, über die PDL Niedersachsen, der DKP Hannover bis hin zum Fanprojekten (ja im Fußball) und den Libertären Kommunist*innen in Osnabrück reicht, organisiert vielerorts Proteste und ruft auf zu einer **Großdemonstration in Hannover am 8. September 2018.**

NEIN zum Niedersächsischen Polizeigesetz!

Aufruf

#noNPOG – Nein zum neuen niedersächsischen Polizeigesetz (NPOG)

Die Landesregierung aus CDU und SPD sieht im aktuellen Gesetzentwurf massive Ausweitungen der polizeilichen Befugnisse und einen Abbau demokratischer Freiheits- und Grundrechte vor. Aber auch in anderen Bundesländern sehen wir ähnliche Verschärfungen, die den Staat mehr und mehr zu einem Überwachungsstaat ausbauen. Diesen Entwicklungen stellen wir uns entschieden entgegen. Den Gesetzentwurf „NPOG“ der niedersächsischen Landesregierung lehnen wir mit aller Deutlichkeit ab und fordern dessen Zurücknahme. Anders als bisher soll die Polizei in Zukunft schon dann Menschen überwachen, verfolgen und gefangen nehmen dürfen, wenn ihnen unterstellt wird, über Straftaten nachzudenken, ohne sie tatsächlich auszuführen. Das ist eine ganz grundsätzliche Änderung der Rolle der Polizei in unserer Gesellschaft, ein so genannter Paradigmenwechsel. Die Verwischung der Grenzen zwischen polizeilicher und nachrichtendienstlicher Tätigkeit stellt die Gewaltenteilung infrage.

Folgende Neuregelungen lehnen wir ab:

Polizeiliche Sanktionen und Überwachungsmaßnahmen gegen konkrete Personen bei bloßer Annahme der zukünftigen Begehung einer terroristischen Straftat

- Meldeauflagen ohne Richter*innenvorbehalt
- Aufenthaltsvorgaben u. Kontaktverbote ohne Richter*innenvorbehalt
- Elektronische Fußfessel ohne Richter*innenvorbehalt
- Durchsetzungs- und Präventivgewahrsam bis zu 74 Tage
- Videoüberwachung im Gewahrsam

- Polizeiliche Quellen-Telekommunikationsüberwachung
- Polizeiliche Online-Überwachung mittels Trojaner
- Verdeckte Personen-Observation
- Verdeckte Bild- und Sprachaufzeichnungen sowie Aufenthaltsermittlungen außerhalb von sowie in und aus Wohnungen
- Einsatz von V-Leuten und verdeckten Ermittler*innen
- Verschärfte Strafverfolgung von Versammlungsteilnehmende
- Einordnung des besonders schweren Falls des Landfriedensbruchs gem. § 125 a StGB als Straftat von erheblicher Bedeutung gem. § 2 Nr. 14 b, um Demonstrierende durch technische Mittel, Observationen und V-Leute präventiv überwachen zu können
- Vermummung auf Versammlungen (Demonstrationen) als Straftat
- Überwachung des öffentlichen Raums bei bloßer Annahme der zukünftigen Begehung von Ordnungswidrigkeiten oder Straftaten sowie Zugriff auf Daten Dritter
- Bild- und Tonaufzeichnungen von Personen bei öffentlichen Veranstaltungen
- Bildübertragung aus öffentlich zugänglichen Räumen
- Bild- und Tonaufnahmen mittels polizeilicher Bodycams
- Videoüberwachung zur Geschwindigkeitskontrolle
- Einsichtnahme in und Herausgabe von Bild- und Tonaufzeichnungen öffentlich zugänglicher Räume
- Zusätzliche Mittel zur Ausübung des unmittelbaren Zwanges
- Elektroimpulsgeräte (Elektroschocker, Taser) noch vor Schlagstockeinsatz

Städtische Sozialwohnungen statt Luxuseigentum!

Die Horrormeldungen:

Trotz Milliardenförderung: Zahl der Sozialwohnungen sinkt

Die Zahl der Wohnungen, die aus der Mietpreisbindung fallen und Teil des freien Wohnungsmarkts werden, überwiegt die Zahl der Neubauten. (HAZ 6.8.18)

Angebote Wohnungen mit Kaltmieten von weniger als 6 € pro Quadratmeter nur noch 2%

„Während von 2006 bis 2012 noch die Hälfte der auf dem Markt angebotenen Wohnungen Kaltmieten von weniger als 6 Euro pro Quadratmeter hatten, sind es jetzt nur noch 2 Prozent. (HAZ 22.6.18)

Mehr als 40 Prozent des Nettoeinkommens für die Miete

Aus Berechnungen des DGB und den Mietpreisspiegeln der Städte geht hervor, dass rund ein Fünftel aller Haushalte in Niedersachsen mehr als 40 Prozent des Nettoeinkommens für die Miete ausgeben, 44 Prozent der Haushalte mehr als 30 Prozent. (HAZ 5.7.18)

Selbst der niedersächsische Bau- minister Lies (SPD) muss zugeben:

„Zurzeit stagniert der Bau von bezahlbarem Wohnraum. Darum müssen wir dringend die Rahmenbedingungen verändern.“

(HAZ 5.7.18)

SPD und Grüne lobten, dass es in Hannover aufwärts geht mit dem Wohnungsbau. „Das Ziel ist erfüllt. Das funktioniert“, sagte SPD-Bauexperte Lars Kelich. Auch Daniel Gardemin (Grüne) findet die Entwicklung „bemerkenswert“. Mit „voller Kraft“ würden Wohnungen gebaut und fertiggestellt. (NP 22.6.18)

Dazu stellt die DKP fest:

Die Rahmenbedingungen sind der Kapitalismus – das „freie Spiel des Marktes“. Die logische Forderung ist der massenhafte Bau von städtischen und genossenschaftlichen Sozialwohnungen.

■ Die städtische Wohnungsgesellschaft „hanova“ (GBH) bedient aber hauptsächlich die Interessen der Finanzinvestoren und Reichen.

■ Es werden hochpreisige Eigentumswohnungen errichtet (ehemalige städtische Hautklinik)

■ Luxuswohnungen am „Hohen Ufer“ in bester Lage

■ Verschachern städtischen Bodens an Finanzinvestoren (ehemaliges Oststadtkrankenhaus)

Der Rat der Stadt muss seine städtische Wohnungsbaugesellschaft auf soziale Ziele verpflichten!

Fortsetzung von Seite 1

desaströs. Die Immobilienpreise haben sich seit 2008 verdoppelt, Geringverdienende können die explodierenden Mietpreise nicht mehr zahlen und räumlich angemessene Wohnungen in Innenstadtnähe werden für viele zum unbezahlbaren Luxus. Verdrängung, Gentrifizierung, Zwangsräumungen, monate-

Lange Wohnungssuche und horrende Mietpreise sind an der Tagesordnung. Fast 50.000 Wohnungen für Arme und Geringverdienende fehlen in der Stadt an der Leine und die Suche nach einer Sozialwohnung gleicht einem Lotteriespiel. Der Mangel an sozialem und bezahlbarem Wohnraum ist für tausende arme Menschen mit ihren Familien zur existenziellen Bedrohung geworden: Von den 2002 vorhandenen 2,5 Millionen Sozialwohnungen in Deutschland sind nach drastischen Einschnitten gerade einmal 1,2 Millionen übrig geblieben.

Während der Bochumer Immobilienkonzern „Vonovia“ in Hannover durch „Modernisierungen“ und Mietsteigerungen bis 30 Prozent seine Gewinne auf Kosten der Bewohner/innen erhöhen will und Papenburgs Wasserstadt in Limmer bereits 15 bis 16 Euro pro Quadratmeter Mietwohnung anpeilt, kommt einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft eine besondere Verantwortung zu.

Die Wohnungsbaugesellschaft „hanova“ (ehemals GBH), die zur Zeit einen Bestand von über 13.000 Wohnungen betreibt, hat in der Vergangenheit mehrere tausend Sozialwohnungen aufgegeben und engagiert sich vortrefflich im Luxussegment.

Die DKP Hannover stellt dazu fest:

„hanova“ und auch die städtische Ratspolitik haben lange Zeit geschlafen und nicht auf die Notsituation reagiert, vielmehr haben sie die Notlage durch ihre Wohnungspolitik miterzeugt. Wir fordern eine wirkliche Offensive der Stadt und der Wohnungsbaugesellschaft, die Wohnungen selbst baut, sie mit Belegrechten in kommunaler Hand behält und nicht zum Gegenstand von Profitmaximierung durch Investoren verkommen lässt. Die städtische Gesellschaft „hanova“ muss auf soziale Ziele verpflichtet werden.

Wohnen ist schließlich ein Grundrecht für alle, das nicht arm machen darf!“

Kalter Krieg - damals wie heute

„Gefahr droht auch und nach wie vor aus dem Osten. In einem Brief an den DKP-Ratsherren Matthias Wietzer hat der Kommandeur der 1. Panzerdivision in Hannover, Generalmajor Helge Hansen, deshalb bestätigt, daß auf dem Gelände der Freiherr-von-Fritsch-Kaserne ein russischer T-62-Panzer aufgestellt ist. Das Imitat trägt vier rote Sterne. Es dient weniger der Abschreckung

als der Anschauung. Die Soldaten sollen sich den Typ einprägen, damit sie die russischen Panzer erkennen können, wenn sie über die Grenze kommen. Was, Sie finden das unlogisch? Weil – wenn die Russen kommen – wir schnell wissen werden, wie ihre Panzer aussehen? Da ist was dran.“

Aus: „DIE ZEIT“, 9. August 1985

Für Frieden und gute Nachbarschaft mit Russland

NATO-Aufrüstung: Aggressiv gegen Russland

Die Bundesregierung meint es ernst mit einer spürbaren Aufrüstung der Bundeswehr. Laut Haushaltsentwurf für 2019 soll der Militäretat auf 43 Milliarden. Euro ansteigen. 2017 betrug er noch 37 Milliarden. Nicht nur in Berlin, auch in Washington reibt man sich die Hände, schließlich hatte die US-Regierung jahrelang ein höheres deutsches Militärbudget gefordert.

Mobilmachung Richtung Osten

Begründet wird dies mit der Behauptung, die Bundeswehr sei schlecht ausgerüstet, Militärgerät würde nicht mehr funktionieren, die Verteidigungsfähigkeit sei gefährdet. Dass dies nicht der Wahrheit entspricht, zeigen dutzende Kriegseinsätze der Bundeswehr in den vergangenen Jahrzehnten. Der tatsächliche Hintergrund: Man wirft Russland ständig eine angebliche außenpolitische Aggressivität vor. Es geht also nicht um die angeblich löchrigen Socken der Soldaten oder flugunfähige Hubschrauber – sondern um Hochrüstung gegen Russland.

Als ob es nicht die NATO ist...

...die ihre Ost-Grenze immer weiter Richtung Russland verschiebt!

...die ihre Truppen in Polen und im Baltikum aufmarschieren lässt!

...die ihre Atombomben, u.a. im rheinland-pfälzischen Büchel, modernisiert, d.h. aufrüstet!

Die NATO entfacht einen neuen kalten Krieg gegen Russland. Der jüngste NATO-Gipfel beschloss im Juli u.a. ein neues, in Ulm beheimatetes Logistikkommando. Es soll künftig die

„militärische Mobilität“ und die schnelle Verlegefähigkeit in Richtung Osteuropa verbessern.

Und auch finanziell ist die NATO-Aufrüstungskampagne kein Papiertiger. Nach jüngsten NATO-Angaben stiegen ihre Rüstungsausgaben von 895 Milliarden Dollar 2015 auf geschätzte 1013 Milliarden. Dollar in diesem Jahr an. Russland hingegen kürzte seine Militärausgaben um 20% auf umgerechnet 66 Milliarden Euro.

Aufrüstung bedroht unsere Sicherheit

Die ständigen Vorwürfe gegenüber der russischen Regierung werden immer schriller. Man könnte fast meinen, die Bundesregierung leide unter Verfolgungswahn. Dabei sieht sich die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung überhaupt nicht von Russland bedroht, wie eine FORSA-Umfrage im März ermittelte. Doch anstatt nach dem Willen der Bevölkerungsmehrheit zu handeln, wird die Sicherheit der Menschen in Europa und der Bundesrepublik aufs Spiel gesetzt. So absurd es klingt: Es wird wieder auf eine Kriegstauglichkeit in Richtung Osten hingearbeitet. So will die EU 6,5 Milliarden Euro in die Panzertauglichkeit der Autobahnen investieren. Und auch die Bundeswehr soll wieder kriegsfähig gegen Russland werden.

Wir fordern dagegen:

**Für Frieden mit Russland und ein gutnachbarschaftliches Verhältnis!
Abrüsten statt Aufrüsten!**

**Geld für Bildung, Gesundheit und Rente
statt für die Drohkulisse Richtung Osten!**

UZ - Bestellschein

Hiermit bestelle ich die **UZ - Unsere Zeit**, die Wochenzeitung der DKP, für mindestens ein Jahr. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht bis sechs Wochen vor Beendigung des Bezugszeitraumes schriftlich gekündigt wird.

- Print-Abo (11,- Euro/Monat)
- 6-Wochen Probeabo kostenlos (endet automatisch)
- Online-Abo (8,- Euro/Monat)
- Kombi-Abo (13,- Euro/Monat)

Datum

Unterschrift

Rücktrittsrecht: Ich bin berechtigt, diese Bestellung innerhalb von 14 Tagen gegenüber dem CommPress Verlag, Hoffnungstr. 18, 45127 Essen, schriftlich zu widerrufen.

2. Unterschrift

Bitte mit Absenderangabe an den CommPress Verlag senden.

Termine und Aktionen der DKP Hannover

Stadtteilgruppe

Linden

nächste Treffen:

Montag,

17. Sep. u. 15. Okt.

19.30 Uhr

Freizeitheim Linden,
Windheimstr. 4

Stadtteilgruppe

Mitte

nächstes Treffen:

Montag,

17. September

19.00 Uhr

DKP-Kreisbüro,
Göttinger Str. 58

Wir laden jede Woche ein zum

Roten Freitag

Zum Klönen und Diskutieren über

Dit und Dat bei Kaffee und Keksen

von 16:00 bis 19:00 Uhr

DKP-Kreisbüro, Göttinger Straße 58